

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Frau Benz
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1023
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 31.05.2010

N i e d e r s c h r i f t

der 24. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport
am Mittwoch, dem 28.04.2010,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Stadthaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 19:00 - 21:25 Uhr

Anwesend:

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Jürgen Becker

Herr Prof. Dr. Klaus Kramer

Herr Dieter Kräske

Herr Jörg Schreiber

Frau Ursula Bouffier

(in Vertretung für Stv. Sator)

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Frau Inge Bietz

Frau Hannelore Kraushaar-Hoffmann

Herr Peter Sommer

Herr Frank Walter Schmidt

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Herr Klaus-Dieter Grothe

Frau Edith Nürnberger

Stadtverordnete der Die Linke.Fraktion:

Herr Michael Beltz

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Herr Dr. Klaus Dieter Greilich Ausschussvorsitzender

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz

Oberbürgermeisterin

(bis 21:10 Uhr)

Frau Gerda Weigel-Greilich

Bürgermeisterin

Vom Ausländerbeirat:

| | | |
|----------------------|--------------|----------------|
| Herr Mohamed Ibrahim | Vorsitzender | (ab 20:10 Uhr) |
| Herr Orhan Ahmet | | (ab 20:10 Uhr) |
| Frau Sarah Stefanos | | (ab 19:10 Uhr) |

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

| | |
|------------------|-----------------|
| Frau Simone Benz | Schriefführerin |
|------------------|-----------------|

Gäste/Sachverständige:

| | |
|----------------------------|----------------------------------|
| Herr Pfarrer Cachandt | Vorsitzender Hospizverein Gießen |
| Herr Hans-Joachim Schaefer | Hospizverein Gießen |
| Herr Dr. Hennig | Hospizverein Gießen |

Entschuldigt:

| | |
|----------------------------|--------------|
| Frau Julia-Christina Sator | CDU-Fraktion |
|----------------------------|--------------|

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Form und die Frist der Einladung und die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben. Somit ist die Tagesordnung in der vorliegenden Form beschlossen.

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde
2. Vorstellung des Projektes "Stationäres Hospiz in Gießen"
3. Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 16.3.2010 - STV/2978/2010
4. Wahl der Mitglieder zum Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen
- Antrag des Magistrats vom 14.04.2010 STV/3017/2010
5. Beschlussfassung über die Fläche des kommunalen Sportplatzes an der Ringallee;
derzeit genutzt von den Vereinen Blau-Weiß, STV/3014/2010

- Türkiyemspor und vom Schulsport
- Antrag des Magistrats vom 13.04.2010 -
6. Sportplatz für die Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen STV/3036/2010
- Antrag der Oberbürgermeisterin vom 20.04.2010 -
7. Entwicklung der Kosten und Gebühren in Gießener STV/3024/2010
Kindertagesstätten
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen
und FDP vom 18.04.2010 -
8. Stellenbesetzung Erzieher/-innen STV/3030/2010
- Antrag der FW-Fraktion vom 19.04.2010 -
9. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Bürger/-innenfragestunde

Es liegen keine Fragen vor.

2. Vorstellung des Projektes "Stationäres Hospiz in Gießen"

Herr Cachandt, Vorsitzender des Hospiz-Vereins Gießen, stellt dem Ausschuss die Pläne für ein stationäres Hospiz in Gießen vor. Als ideal habe sich in anderen Einrichtungen dieser Art die Belegung mit 12 Betten herausgestellt. Er erklärt, dass er überall wo er für die Idee des Hospitz werbe, auf breite Zustimmung stoße. Das Problem sei die Finanzierung. Alle Krankenhäuser in und um Gießen heißen das Projekt zwar gut, stehen aber für eine Trägerschaft nicht zur Verfügung.

Das benötigte Startkapital belaufe sich auf etwa 3 Millionen €. **Herr Cachandt** führt aus, dass es auf Initiative von Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz inzwischen immerhin ein erstes Gespräch mit der Wohnbau, über einen möglichen Standort in der ehemaligen US-Siedlung in der Grünberger Straße gegeben habe.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz bedankt sich ausdrücklich für das Kommen der Vertreter des Hospitzvereins und sagt ihnen jegliche Unterstützung politischer

Art durch die Stadt Gießen zu.

3. **Wahl eines stimmberechtigten Mitglieds für den Jugendhilfeausschuss nach der Satzung für das Jugendamt der Universitätsstadt Gießen** **STV/2978/2010**
- Antrag des Magistrats vom 16.3.2010 -
-

Antrag:

„Als stimmberechtigtes Mitglied für den Jugendhilfeausschuss gemäß § 4(1) c der Jugendamtssatzung soll

Frau Yvonne Fritz

als Vertreterin für Joachim Tschakert gewählt werden.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

4. **Wahl der Mitglieder zum Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen** **STV/3017/2010**
- Antrag des Magistrats vom 14.04.2010
-

Antrag:

„Als Mitglieder für den Seniorenbeirat der Universitätsstadt Gießen werden

1. Herr Jan Peter Gawinski, Gesamtverein der Gießener Fünfziger-Vereinigungen, Senckenbergstraße 11, 35390 Gießen,
2. Herr Paulfried Spies, Vitos-Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie, Licher Straße 106, 35394 Gießen,

gewählt.“

Beratungsergebnis: Ohne Aussprache einstimmig zugestimmt.

Vorsitzender Dr. Greilich ruft die Tagesordnungspunkte 5 und 6 gemeinsam zur Beratung auf.

5. **Beschlussfassung über die Fläche des kommunalen Sportplatzes an der Ringallee; derzeit genutzt von den Vereinen Blau-Weiß, Türkiyemspor und vom Schulsport** **STV/3014/2010**
-

- Antrag des Magistrats vom 13.04.2010 -

Antrag:

- „1. Die Fläche des Sportplatzes wird im Durchführungsjahr der Landesgartenschau 2014 für temporäre Nutzungen wie Hallenschauen, Gärtnersmarkt, Catering o. ä. benötigt und steht den bisherigen Nutzern nicht zur Verfügung.
2. Dem Verein Blau-Weiß und den anderen Nutzern werden während der Bauphase 2013 und im Durchführungsjahr 2014 Ersatzflächen zur Verfügung gestellt.
3. Damit Blau-Weiß seine erfolgreiche Jugendarbeit fortsetzen kann, wird dem Verein für die Zeit der Auslagerung die notwendige Unterstützung gewährt, z. B. für den Transport der Kinder und Jugendlichen zu dem noch zu bestimmenden alternativen Standort.
4. Nach Beendigung der Landesgartenschau wird der Sportplatz wieder als prioritäre Maßnahme für den Spielbetrieb ab 2015 hergerichtet. Das Vereinsheim und die Sanitäranlagen werden dann im notwendigen Umfang saniert.
5. Die Option, dass der Verein Blau-Weiß nach Beendigung der Landesgartenschau den Sportplatz am Lausbacher Weg oder an der Miller Hall nutzt bzw. mitnutzt, wird bis 2014 erhalten.“

Stv. Schmidt, SPD-Fraktion, vertritt die Auffassung, nur der Antrag der Oberbürgermeisterin stelle einen wirklichen Kompromiss und ein Interessenausgleich in dieser Frage dar. Nur so können die Interessen der Vereine und des Schulsports gewahrt und wohnortnah Sport während der Landesgartenschau betrieben werden. Es könne an dieser Stelle ein Miteinander von Sport und Landesgartenschau geben. Ein dauerhafter Umzug der Spielvereinigung Blau-Weiß könne existenzielle Probleme mit sich bringen. Der Verein betreibe eine hervorragende Jugendsozialarbeit, die darauf angewiesen sei, dass sie vor Ort erfolge.

Sportfachlich gesehen sei auch die Variante F - Drehung des Sportplatzes - eine denkbare Lösung. Die SPD-Fraktion schließe sich jedoch der Meinung der Oberbürgermeisterin an, dass die Kosten hierfür den finanziellen Rahmen sprengen würde. Daher plädiere sie für den Verbleib des Sportplatz an dieser Stelle und unterstütze den Antrag der Oberbürgermeisterin.

Stv. Beltz, Die Linke-Fraktion, plädiert dafür, hier keine falschen Signale zu setzen und dem Amateursport vollste Unterstützung zukommen zu lassen. Er vertritt die Auffassung, dass es sich bei dem Gebiet in der Wieseckau um ein bereits stark frequentiertes Naherholungsgebiet handele. Man hätte in Gießen mit Sicherheit andere Gebiete finden können, die durch die Nutzung durch die Landesgartenschau eine deutliche Aufwertung erfahren hätten.

Stv. Becker, CDU-Fraktion führt aus, er sehe in dem Vorschlag der Oberbürgermeisterin den Guten Willen und erkenne diesen auch an, dem Sportverein Blau-Weiß zu helfen. Er halte ihn aber nicht für realisierbar. Selbst wenn man die Variante F realisieren und den Platz um 90° drehen würde, sei er mindestens für ein Jahr nicht bespielbar und es würden immens hohe Kosten entstehen.

Der Vorschlag des Magistrat sei unter Abwägung aller Bedingungen die einzig machbare Lösung. Der Verein müsse zwar für zwei Jahre auf seinen angestammten Sportplatz verzichten, bekomme aber jegliche Hilfe durch die Stadt, um die Zeit zu überbrücken. Nach Ende der Landesgartenschau könne er über ein renoviertes Vereinsheim verfügen. Dieses Angebot sei durchaus attraktiv und fair.

Oberbürgermeisterin Grabe-Bolz erklärt, die Landesgartenschau sei eine Chance für die Stadt Gießen, aber nur dann, wenn sie eine Gießener Landesgartenschau werde. Sie müsse Gießener Interessen berücksichtigen und gewachsene Strukturen mit einbeziehen. Dass es Interessenkonflikte gebe, sei selbstverständlich. Ihrer Auffassung nach habe die Politik die Aufgabe, diese Konflikte einvernehmlich zu lösen.

Die Drehung des Sportplatzes sei eine denkbare Lösung gewesen, die Sie aber als Kämmerin aufgrund der entstehenden Kosten von ca. 1 Millionen € nicht vertreten könne.

Für sie bleibe die einzige machbare Lösung ihr Vorschlag, den Sportplatz dort zu belassen und in die Landesgartenschau zu integrieren. Es sei deutlich geworden, dass der 1. Platz des Planungswettbewerbs ein Entwurf sei und dort auch immer wieder Änderungen oder neue Ideen in die letztendliche Umsetzung einfließen werden. Sie habe keine Zweifel daran, dass das Planungsbüro in der Lage sei, kreativ mit einer solchen Situation umzugehen.

Stv. Grothe, Bündnis 90/Die Grünen, vertritt die Auffassung, die Magistratsvorlage sei ein Kompromiss bei dem zwischen verschiedenen Ansprüchen an die selbe Fläche abgewogen werde. Der Bestand des Platzes bleibe gesichert, er werde lediglich zwei Sommer lang einer anderen Nutzung zugeführt. Bei der Vorlage der Oberbürgermeisterin handele es sich um keinen Kompromiss. Es werde nicht abgewogen zwischen dem Platzbedarf einer Landesgartenschau und den gewachsenen Strukturen des Sportvereins und der Schulen.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich findet es sehr bedauerlich, dass es durch die Formulierung verschiedener Akteure beim Verein und den Menschen in der Nordstadt so ankomme, als seien sie die Verlierer. Es werde suggeriert, die

Stadt wolle Blau-Weiß nicht an dieser Stelle, die Vorgaben des Landes fänden keine Erwähnung. Sie richte ihre Bitte an alle, zukünftig anders darüber zu reden. Ihre erste Reaktion, als sie die entsprechenden Pläne vorgelegt bekommen habe, sei ebenfalls gewesen, dass Blau-Weiß auf keinen Fall seinen Standort verlassen könne. Sie habe sich aber von den Fachplanern davon überzeugen lassen müssen, dass es aufgrund der Vorgaben und des Platzbedarfs von Landesgartenschauen keine andere Möglichkeit gebe.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich betont, die Argumente des Vereins, dass er dringend die standortnahe Beziehung des Platzes benötige und es in unmittelbarer Nähe keinen alternativen Platz gebe, habe den Magistrat von der Notwendigkeit überzeugt, dass Blau-Weiß nach Ablauf der Landesgartenschau wieder an diesen Standort zurückkehren könne.

Es bestehe großes Interesse, das Vereinsheim von Blau-Weiß in die Landesgartenschau zu integrieren und es entsprechend zu sanieren. Daher hoffe sie, dass sich der Verein nach dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung schnell dazu entschließen könne, die Nutzungsgenehmigung zu erteilen und sich nicht auf das bestehende Erbbaurecht berufe und das Vereinsheim aus den Planungen herausgetrennt werden müsse.

Stv. Grothe übernimmt den Vorsitz.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, begrüßt, dass der Vorschlag der FDP-Fraktion, Blau-Weiß die Nutzung des Sportplatzes nach der Landesgartenschau wieder möglich zu machen, in die Magistratsvorlage eingeflossen sei. Dies sei in den ursprünglichen Planungsentwürfen nicht vorgesehen gewesen. Für den Sport insgesamt sei es eine Verbesserung, da nach der Landesgartenschau ein zusätzlicher Kunstrasenplatz (Miller-Hall) zur Verfügung stehe.

Stv. Dr. Greilich übernimmt erneut den Vorsitz.

Herr Ibrahim, Vorsitzender des Ausländerbeirates, erklärt, er sei heute anwesend, um seine Unterstützung für die Spielvereinigung Blau-Weiß zum Ausdruck zu bringen.

Da der Vereinsvorsitzende ihm gegenüber Bedenken geäußert habe, dass der Verein 2015 tatsächlich auf seinen Platz zurückkehren könne, frage er die Bürgermeisterin, wie sie sich dieses Misstrauen erkläre. Außerdem möchte er wissen, wie genau der Transport der Kinder erfolgen solle.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich erklärt, woher das Misstrauen rühre, könne sie sich nicht erklären. Die Bedenken seien am ehesten dadurch zu lösen, dass das Vereinsheim in die Landesgartenschau integriert werde. Die Überbauung des

Platzes führe dazu, dass er keiner anderen Nutzung zugeführt werden könne, d. h. in der Dauernutzung der Landesgartenschau sei der Sportplatz dort vorgesehen und dies sei der größte Garant für die Rückkehr des Vereines.

Für die Frage des Transports gebe es Beispiele im Schulverwaltungsamt, wo z. B. Transporte für die Kinder der Margarethenhütte organisiert werden. Dies werde man dann intern, vermutlich im Sportamt, regeln.

Bürgermeisterin Weigel-Greilich betont noch einmal, die Rückkehr des Vereins im Jahre 2015 stehe nach erfolgtem Beschluss außer Frage. Sie selbst könne nicht verstehen, warum der Verein dieses Angebot bis jetzt nicht angenommen habe. Er werde nach seiner Rückkehr einen sanierten Sportplatz und ein renoviertes Vereinsheim haben. Außerdem organisiere die Stadt für die Phase der Auslagerung den Transport der Jugendmannschaften.

Herr Ibrahim erklärt, wenn tatsächlich wie geschildert verfahren werde, finde er den Vorschlag akzeptabel.

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt (Ja: CDU/GR/FDP; Nein: SPD/LINKE).

**6. Sportplatz für die Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen STV/3036/2010
- Antrag der Oberbürgermeisterin vom 20.04.2010 -**

Antrag:

- "1. Es wird festgestellt, dass eine Verkleinerung und Drehung des Sportplatzes an der Ringallee um 90 Grad (Variante F) für eine Sportanlage für die Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen und die Innenstadtsschulen in der Wieseckau die einzig machbare quartiersnahe Lösung darstellt. Zu diesem Ergebnis sind die Analyse der Alternativstandorte (A bis F) für den Sportplatz an der Ringallee und die Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern der Sportkommission, der Spielvereinigung Blau-Weiß Gießen und der Verwaltung unter Federführung der Oberbürgermeisterin betreffend eines alternativen Standortes gekommen.
2. Die Abwägung der Alternativen im Quartier - Variante F und Ist-Zustand - führt aus sportlicher, rechtlicher (Erbbaurecht) und finanzwirtschaftlicher Sicht dazu, dass der Verbleib des Sportplatzes in seiner jetzigen Ausgestaltung zu favorisieren ist.
3. Bei den weiteren Planungen zur Gestaltung der Landesgartenschau in der Wieseckau und der damit verbundenen Auftragsvergabe ist deshalb ein Sportplatz an diesem Standort zu integrieren."

Beratungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt (Nein: CDU/GR/FDP; Ja: SPD/LINKE).

7. Entwicklung der Kosten und Gebühren in Gießener Kindertagesstätten **STV/3024/2010**
- Antrag der Fraktionen CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 18.04.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Universitätsstadt Gießen wird gebeten bis vor den Sommerferien der Stadtverordnetenversammlung folgende Fragen schriftlich zu beantworten:

1. Wie hoch war der Kostendeckungsgrad in den Gießener Kindertagesstätten* in den Jahren 2006 - 2008 pro Jahr, wie hat sich hierbei die Freistellung des letzten Kindergartenjahres ausgewirkt?
2. Wie hoch waren die Kosten für die Erhebung der Gebühren (Verwaltung, Personal, etc) für den Besuch der Gießener Kindertagesstätten* in den Jahren 2006 - 2008 pro Jahr, wie hat sich hierbei die Freistellung des letzten Kindergartenjahres ausgewirkt?
3. Wie hoch waren die Einnahmen aus Gebühren in den Gießener Kindertagesstätten* jeweils in den Jahren 2006 - 2008 pro Jahr, wie hat sich hierbei die Freistellung des letzten Kindergartenjahres ausgewirkt?

*) Als Berechnungsgrundlage für die Gießener Kindertagesstätten sollen hierbei die Zahlen der in der Betriebskostenanalyse beteiligten Einrichtungen dienen.

Stellvertretender Vorsitzender **Grothe** übernimmt den Vorsitz.

Stv. Dr. Greilich, FDP-Fraktion, begründet den Antrag damit, dass die erbetenen Auskünfte für die Planung der zukünftig zu erhebenden Gebühren der städtischen Kindertagesstätten unerlässlich seien. Daher bitte er um Zustimmung.

Stv. Dr. Greilich übernimmt wieder den Vorsitz.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

8. Stellenbesetzung Erzieher/-innen **STV/3030/2010**
- Antrag der FW-Fraktion vom 19.04.2010 -

Antrag:

„Der Magistrat der Stadt Gießen möge berichten:

1. wie viele Planstellen für Erzieher(innen) sind derzeit in städtischen Kindergärten nicht besetzt?
2. in welchen Kindertagesstätten wird die Mindestverordnung des Landes Hessen

(Anzahl Erzieher(innen)pro Kind) nicht erfüllt?

3. Wann ist mit der Neubesetzung dieser Stellen zu rechnen, insbesondere im Hinblick auf die angespannte Haushaltslage und die hiermit verbundene Stellenbesetzungssperre?“

Bürgermeisterin Weigel-Greilich führt aus, dass derzeit tatsächlich einige Erzieherinnenstellen in städtischen Kitas nicht besetzt seien. Ursache hierfür sei aber nicht die städtische Stellenbesetzungssperre, sondern die Tatsache, dass es sich um zeitlich befristete Stellen handele, für die es einfach keine Bewerber/-innen gebe.

Sie wolle versuchen, in Gesprächen mit dem Haupt- und Personalamt zu erreichen, dass zumindest ein Teil dieser Stellen (es handele sich hier um zusätzliche Erzieherinnen, wenn ein Integrativkind in eine Einrichtung aufgenommen werde) in unbefristete Stellen umgewandelt werden. Dann werde man mit Sicherheit mehr Erfolg bei der Stellenbesetzung haben, wenn diese Stellen erneut ausgeschrieben werden. Sie könne sich zum Beispiel eine Pool von Erzieherinnen und Erziehern vorstellen, die bereit sein müssten, eine Springerfunktion auszuüben.

Beratungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

9. Verschiedenes

Vorsitzender Dr. Greilich teilt mit, dass die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales, Familie, Jugend und Sport am 16.06.2010, 19:00 Uhr im Stadtverordnetensitzungssaal stattfindet.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) Dr. Greilich

DIE SCHRIFTFÜHRERIN:

(gez.) Benz